

Anzeige



365 Orte im Land der Ideen

Jeden Tag eine Erfolgsgeschichte aus Deutschland

Heute wird ausgezeichnet:

**Größter Adventskalender**

Immer im Dezember verwandelt sich der Schlossberg der Stadt Quedlinburg im Harz zum größten Adventskalender Deutschlands.

www.land-der-ideen.de

Medienpartner  
**WELT**  
GRUPPE

Mehr zu den Preisträgern der Woche in jeder Welt am Sonntag

Analyse

## Ein Gipfel mit Tücken



Thomas Heuzeroth

Deutschlands  
Telekom-Firmen bei der  
Kanzlerin: Warum das  
Treffen wichtig ist

Je häufiger ein Gipfel stattfindet, desto mehr muss nach seinem Sinn gefragt werden. Wenn am Dienstag nun die Vertreter der Informations- und Kommunikationstechnologie-wirtschaft (IKT) mit Politikern und Staatsvertretern in Stuttgart zum vierten IT-Gipfel zusammenkommen, ist das auf den ersten Blick eine vorweihnachtliche Routine, die vor Jahren in Potsdam begann, in Hannover fortgeführt wurde und ihren Weg über Darmstadt nach Baden-Württemberg gefunden hat. Muss das sein?

Es muss. Kaum eine Branche ist so sehr auf die Unterstützung der Politik angewiesen wie die IKT. Und umgekehrt kann der Staat von kaum einer Industrie so sehr profitieren wie von dieser. Daher ist im Vorfeld des Treffens eine Feststellung besonders wichtig. Stuttgart ist kein Krisengipfel. Zwar hat auch diese Branche die Turbulenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise bemerkt, aber sie ist deswegen nicht ins Schleudern geraten. Auch deshalb sollte sie sich in dieser Woche mit Stolz zeigen.

Der IT-Gipfel ist inzwischen neben der Hightech-Messe Cebit zur zweiten großen Leistungsschau der Informations- und Kommunikationstechnologiewirtschaft geworden. Erst diese Veranstaltungen verleihen ihr eine Sichtbarkeit, die notwendig ist. Denn nach dem Maschinenbau beschäftigt keine andere Industrie in Deutschland so viele Menschen wie sie, ihr Beitrag zur Wirtschafts- und Innovationsleistung ist derart groß, dass sie die wichtigste Wachstumstreiber der heimischen Volkswirtschaft geworden ist.

Die Bundesregierung hat das erkannt. Bundeskanzlerin Angela Merkel reist auch deswegen nach Stuttgart. Vier ihrer Minister tun es ihr nach. Internet und Hightech sind für Politiker keine Randthemen mehr. Nicht zuletzt der Erfolg der Piratenpartei hat Zauderern die Augen geöffnet. Erstmals hat sich ein Koalitionsvertrag in aller Ausführlichkeit damit beschäftigt. Der Branche hat das Hoffnung gemacht. Die Regierung arbeitet derzeit an einer Strategie für die digitale Zukunft Deutschlands, deren Umrisse die Bundeskanzlerin auf dem Treffen in Stuttgart erläutern wird. Ihr

Auftritt könnte eine Art Internet-Regierungserklärung werden.

Wichtiger als der Gipfel ist jedoch die Zeit davor und danach. In neun Arbeitsgruppen kommen Unternehmenschefs, Minister und Staatssekretäre mehrmals jährlich zusammen, um gemeinsam an Projekten zu arbeiten. Der wiederkehrende Gipfeltermin bringt einen Zeitdruck mit sich, der die Entwicklung sowohl in Firmen als auch in Ministerien deutlich beschleunigt.

Nach drei Jahren gemeinsamer Arbeit gibt es Erfolge: Die Bundesregierung ist einer Forderung der Wirtschaft nach einem Chief Information Officer (CIO) nachgekommen. Das ist Innenstaatssekretär Hans Bernhard Beus. Damit hat die Wirtschaft endlich einen zentralen IT-Ansprechpartner in der Regierung. Allerdings würde man ihn noch deutlich lieber vorne am Kabinettschreibtisch sehen.

Auch die Breitbandstrategie der Bundesregierung wäre ohne IT-Gipfel wohl nicht so weit. Nun werden erstmals messbare Ziele für die Versorgung Deutschlands mit schnellen Internet-Anschlüssen genannt. Bis Ende des kommenden Jahres soll jeder Haushalt mit mindestens einem Megabit pro Sekunde ans Internet anschließbar sein.

Zu den Erfolgen gehört auch die einheitliche Behördennummer 115, die eingeführt wird. Das ist ein Kraftakt, weil es nur mit der Schaltung der Telefonnummer nicht geht. In den Verwaltungen müssen dafür umfangreiche Prozesse angepasst und modernisiert werden. Ebenso schwer ist die Geburt des elektronischen Personalausweises, der bereits in einem Jahr eingeführt werden und Geschäfte im Internet sicherer machen soll.

Vor allem wenn es darum geht, Standards zu entwickeln, spielt der Gipfel mit den Arbeitsgruppen seine Stärken aus, weil Staat und Wirtschaft hier ohne Zusammenarbeit gar nicht auskommen können. Das gilt auch für das diesjährige zentrale Thema „intelligente Netze“ und betrifft somit die Energieversorgung ebenso wie die Verkehrs- und Gesundheitswesen, E-Learning und E-Government.

In einem Fall aber wird das Stuttgarter Treffen doch zu einem Krisengipfel. Mit Schrecken reagierte die Branche auf die Ankündigung des neuen Gesundheitsministers Philipp Rösler (FDP), die elektronische Gesundheitskarte erst einmal zu stoppen. Das Milliarden-Vorhaben kämpft sowieso schon mit einer mehrjährigen Verspätung. Doch gerade hier wollte die Branche ihre Innovationskraft zeigen. Rösler wird in Stuttgart nicht vertreten sein. Seine Chefin Merkel hingegen könnte die politische Linie bei dem Thema erklären – und ein Machtwort sprechen.



Von der Solarbranche – hier das weltweit zweitgrößte Photovoltaik-Kraftwerk Lieberose nördlich von Cottbus (Brandenburg) – werden im nächsten Jahr kräftige Impulse erwartet

FOTO: REUTERS/FABRIZIO BENSCHE

## Hightech-Unternehmen drohen schwere Jahre

Studie: Jedes vierte ist von Insolvenz bedroht – Speichertechnologie, Solar- und IT-Branche sorgen für Hoffnung

Von Thomas Jüngling

BERLIN – Bei den Kaufsummen im Technologie-Sektor, die Unternehmen in den vergangenen Wochen veröffentlicht haben, wird selbst Experten schwindelig. Dabei sind manche der gekauften Firmen nur Insider bekannt. Computerhersteller Dell schnappt sich den Dienstleister Perot Systems für 3,9 Mrd. Dollar, Hewlett-Packard kauft den Netzwerkausrüster 3Com für 2,7 Mrd., Xerox blättert 6,4 Mrd. für ACS hin, und Oracle will Sun für 7,4 Mrd. Dollar kaufen. Was ist los in der Hightech-Branche?

Zum einen schwächeln wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise viele Unternehmen und können sich gegen Übernahmen nicht wehren. Zum anderen wollen die Großen der Branche Kapazitäten für die erwartete Erholung aufbauen. Eine solche Konsolidierung des Marktes ist auch für Deutschland zu erwarten – mit weitreichenden Auswirkungen auf die Beschäftigten der Hightech-Branche.

Innen drohen schwere Jahre. Im ersten Halbjahr 2009 ging die Beschäftigung um 2,8 Prozent zurück, und auch für die nächsten Jahre rechnet die Unternehmensberatung A.T. Kearney in einer Analyse zu Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Hightech-Branche mit einem Rückgang. Bis 2013 könne das Beschäftigungsniveau von der Zeit vor der Krise nicht wieder erreicht werden. Die Studie liegt der WELT exklusiv vor. „Die Krise hat die Hightech-Branche recht hart getroffen“, sagt A.T.-Kearney-Experte Jan Stenger. Die Prognose ist düster: Mehr als zehn Prozent der Unternehmen seien in diesem Jahr von Insolvenz bedroht, bis 2013 könnte der Anteil auf fast 25 Prozent anwachsen, wenn Politik und Unternehmen nicht rechtzeitig gegensteuern.

Die Experten von A.T. Kearney empfehlen, die neuen Hightech-Wachstumsbereiche wie Umweltschutztechnologie oder Embedded Software als Industrie-Cluster zu

verstehen und zu fördern sowie systemrelevante deutsche Hightech-Unternehmen über die EU vor Übernahmen zu schützen. Zudem sei Forschung intensiv zu fördern und steuerlich besser absetzbar zu machen. Helfen können darüber hinaus stärkere öffentliche Investitionen, zum Beispiel durch Programme für Solardächer auf öffentlichen Gebäuden oder für Hightech-Ausstattung in Schulen.

Damit könnten die Unternehmen leichter aus der Krise kommen. Einige Anzeichen künden ohnehin schon von Besserung. Zwar sind fast alle Kennzahlen für das erste Halbjahr negativ, die Exporte aber haben angezogen, die Binnennachfrage dürfte Mitte 2010 folgen. „Die Stimmung hellt sich spürbar auf. Die Trendwende ist da“, sagt auch August-Wilhelm Scheer vom Branchenverband Bitkom.

Im stark exportabhängigen Elektrotechnik-Sektor dagegen dürfe der Umsatz nach der aktuellen Verbesserung im vierten Quartal mittelfristig nicht so schnell wieder alte Niveaus erreichen. Fast ein Viertel der Beschäftigten muss mit dem Verlust des Arbeitsplatzes rechnen.

Unternehmen wie Infineon, Q-Cells oder Carl Zeiss Vision haben weiter Sanierungsbedarf.

„Aufgrund der Probleme der hiesigen Unternehmen und der niedrigen Bewertungen werden sich internationale Fonds und Unternehmen 2010 günstig in einige deutsche Hightech-Unternehmen einkaufen können“, sagt A.T.-Kearney-Mann Stenger. Gefährdet seien vor allem mittelständische Betriebe mit innovativen Technologien und guter Marktposition, aber kritischer Eigenkapitalbasis und Geschäftssituation. Laut Studie ließen sich die Produktionskosten in vielen Hightech-Bereichen weiter senken, wie es das ehemalige Siemens-Telefonunternehmen Gigaset erreicht hat.

Was für insolvenzgefährdete Hightech-Unternehmen gilt, ist zum großen Teil auch für die Wachstumshoffnungen wichtig. Dazu gehört die Speichertechnologie. Speicher jeder Art würden künftig verstärkt nachgefragt, gebraucht werden sie zum Beispiel

für den Einsatz in Elektro-Autos, der Solartechnik und in mobilen Endgeräten. Eine andere A.T.-Kearney-Studie prognostiziert hier ein sehr hohes Wachstum. „Die Batterie-Industrie ist heute fast komplett in Asien, vor allem China angesiedelt. Da die Deutschen gut aufgestellt sind in den zukünftig wichtigen Batterie-Anwendungsfeldern wie Auto und Solar, und es Technologie-Sprünge geben wird, ergibt sich hier eine große Chance für die Hightech- wie auch Chemie-Industrie, hier neu aufzusetzen und diese Industrie sowie Teile der Produktion zurückzuholen“, sagt Jan Stenger.

Daneben sind nach der Analyse von A.T. Kearney ab Mitte 2010 neue kräftige Impulse aus der Solarbranche zu erwarten, die politisch gewollt ist und wegen gesetzlich gesicherter Einspeisevergütungen sicheres Wachstum verspricht. Unternehmen, die Photovoltaik-Zellen und -Module herstellen wie Conergy, Solarworld oder Schott Solar machen gerade in der aktuel-

len Solar-Krise ihre Hausaufgaben im Kostenbereich, werden 2010 gestärkt aus der Krise hervorgehen und eine Rolle in der aktuell laufenden Konsolidierung spielen. Gut sind bereits jetzt zahlreiche deutsche Solar-Zulieferer aufgestellt, zum Beispiel SMA. Das Projekt Desertec, das weltgrößte Programm für Solarthermie-Kraftwerke, wird für weitere Nachfrage sorgen.

Dritter wichtiger Wachstums-kern in Deutschland bleibt die IT-Branche. In Hightech-Produkten und -Systemen jeder Art spielt Software eine größer werdende Rolle gegenüber der Hardware. Das bietet der deutschen Software-Branche A.T. Kearney zufolge Wachstumschancen: „Hier haben deutsche Unternehmen einen großen Wettbewerbsvorteil. Sie sind stark darin, Software mit Anwendungen im Maschinenbau und in der Autotechnik zu verbinden. Firmen wie SAP, Software AG und gerade viele mittelständische Software-Unternehmen haben im Bereich der ‚Embedded Software‘ eine neue Wachstumschance“, sagt Stenger. Damit wären sie auch gegen Übernahmeversuche durch die Großen der IT-Branche wie Dell, Oracle und Hewlett-Packard geschützt.

IT ist nicht nur als Branche wichtig, sondern auch als Kostenfaktor für Unternehmen. Nach Untersuchungen von A.T. Kearney lassen sich mit der Anwendung des Cloud Computing bis zu 20 Prozent der IT-Kosten in einem Unternehmen sparen. Beim Cloud Computing liegen Software und Daten nicht mehr auf dem Rechner des Anwenders, sondern abrufbar auf einem über Internet erreichbaren Server. „Gerade in Krisenzeiten lohnt es sich, in IT zu investieren. Das gilt vor allem für Green IT die neben der Nachhaltigkeit noch den großen Kosteneffekt hat – von dieser neuen Nachfrage können Green-IT-Anbieter profitieren“, sagt Stenger. Mit dem Einsatz moderner Hard- und Software könnten Unternehmen den Energieverbrauch der IT um 14 Prozent senken.

### Hilfe von der Politik

Die Experten der Unternehmensberatung A.T. Kearney fordern, dass die Hightech-Branche stärker in den Fokus der deutschen Wirtschaftspolitik rücken soll. Wichtig sei vor allem steuerliche Förderung der Forschung, um den Abstand zu anderen Hightech-Nationen zu verringern.

Über die EU müssten deutsche Unternehmen der Hightech-Industrie vor Übernahmen geschützt werden.

Cluster und branchenübergreifende Zusammenarbeit sollen gestärkt werden, um die Krisenanfälligkeit von Unternehmen der Branche zu reduzieren und neues Wachstum zu schaffen

Die Binnennachfrage ließe sich durch gezielte öffentliche Investitionen stärken. Dazu gehören öffentliche Programme, mit denen Solaranlagen auf Dächern öffentlicher Gebäude sowie die Hightech-Ausstattung von Schulen gefördert werden.

Zudem wird gefordert, klare wirtschaftspolitische Zuständigkeiten zu schaffen – zum Beispiel durch ein Software-Referat. DW

### Chancen und Risiken bis 2013

Für die Hightech-Branche



### WELT ONLINE

Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft bis 2015  
welt.de/atkearney

### Bankenrettungsfonds erwirtschaftet Millionen-Überschuss

BERLIN – Der Bankenrettungsfonds SoFFin hat nach einem Bericht des „Spiegel“ bislang einen Überschuss von 441 Mio. Euro erwirtschaftet. Damit habe sich der Fonds zu einer zuverlässigen Einnahmequelle für den Staat entwickelt, hieß es. Für keine der gewährten Milliarden-Garantien habe der Steuerzahler bisher einspringen müssen. Zudem sei der Fonds in Höhe von 400 Mrd. Euro bisher nicht einmal zu einem Drittel in Anspruch genommen worden. Für die gewährten Garantien und Hilfen müssen die Institute Gebühren zahlen, die entsprechende Einnahmen bringen. Auch beim Deutschlandfonds, der Bürgschaften für notleidende Firmen gewährt, sei das Gesamtvolumen von mehr als 100 Mrd. Euro nur zu einem Bruchteil in Anspruch genommen worden. Bisher habe der Staat erst in einem Fall von unter zwei Mio. Euro tatsächlich für einen Ausfall haften müssen. rtr

### Gewerkschaft fordert spürbare Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst

FRANKFURT/MAIN – Die Gewerkschaft Verdi will in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst eine deutliche Lohnerhöhung durchsetzen. Seine Gewerkschaft orientiere sich am Produktivitätszuwachs und der Preissteigerung, sagte Verdi-Chef Frank Bsirske der „Frankfurter Rundschau“. Den Spielraum bezifferte Bsirske auf bis zu 2,8 Prozent. „Zudem werden bei unserer Lohnforderung die Zusatzbeiträge der Krankenversicherung eine Rolle spielen“, sagte Bsirske.

Man müsse davon ausgehen, dass im nächsten Jahr viele Kassen Zusatzbeiträge verlangten, die aufgrund politischer Entscheidungen die Versicherten allein tragen müssten. „Wahrscheinlich steigen die Beiträge um 30 bis 40 Euro, was 0,7 Prozent eines Durchschnittsgehalts entspricht. Diese erhebliche zusätzliche Belastung können wir nicht einfach ignorieren“, betonte Bsirske. AP

## Frankreich will Steuern auf illegale Drogen verlangen

Dealer, Waffenhändler und Produktfälscher sollen stärker zur Kasse gebeten werden – Auch Steuerflüchtlingen geht es an den Kragen

Von Gesche Wüpper

PARIS – Frankreich will die Schattenwirtschaft stärker bekämpfen – mit Hilfe von Steuern. So sollen Drogenhändler, Hehler und Geldfälscher künftig höhere Einkommensteuern zahlen. Das zumindest sieht das rückwirkende Haushaltsgesetz 2009 vor, über das die Abgeordneten des französischen Parlaments in den kommenden Tagen abstimmen sollen.

Staatspräsident Nicolas Sarkozy hatte im Mai angekündigt, „Dealer über den Geldbeutel treffen“ zu wollen. Die konservative Regierung will mit dem entsprechenden Entwurf aber nicht nur gegen kriminelle Aktivitäten vorgehen, sondern auch gegen die Steuerflucht.

Drogenhändler, Hehler und Geldfälscher würden ja in der Regel gar keine Steuererklärung abgeben, argumentiert der Gesetzentwurf. Bisher würden sie zwar strafrecht-

lich verfolgt, sollten ihre illegalen Aktivitäten auffliegen, doch sie hätten dafür eben bis jetzt nicht in Euro und Cent bezahlen müssen. Um die Einnahmen von Kriminellen besteuern zu können, soll der Fiskus nun in Zukunft beschlagnahmte Drogen etwa wie Einkommen behandeln. Dafür wird ein Marktwert festgelegt, für den sie dann aus ihrem Vermögen Abgaben zu zahlen haben – zusätzlich zum Verlust der Ware selbst. Das soll neben Drogenhandel auch für den Handel mit Waffen, Produktfälschungen, Falschgeld sowie geschmuggelten Alkohol und Zigaretten gelten.

Zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft soll das Wirtschaftsministerium dem Innenministerium nun Steuerfahnder zur Verfügung stellen. Der Entwurf für das rückwirkende Haushaltsgesetz sieht zudem vor, das Berufsheimnis aufzuweichen. So sollen Mitarbeiter der Steuerbehörden künftig Infor-

mationen direkt an Polizeibeamte, die in entsprechenden Fällen ermitteln, weitergeben können. Bisher mussten die Kriminalbeamten dafür einen Antrag stellen.

Gleichzeitig will die französische Regierung stärker gegen Steuerroasen vorgehen. Sie hat deshalb parallel zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine eigene schwarze Liste mit Steuerparadiesen erstellt. Darauf finden sich der-

zeit 24 Länder, vor allem aus Asien, Zentral- und Südamerika. Sie alle haben entweder kein Abkommen mit Frankreich zur Zusammenarbeit unterzeichnet oder weigern sich trotzdem, mit den französischen Behörden zu kooperieren.

Sollten die betroffenen Staaten, darunter Chile, Guatemala, Uruguay, Panama, Costa Rica, Liberia und mehrere Inseln der Antillen, bis Ende des Jahres ihre Praktiken nicht ändern, soll die Liste veröffentlicht werden. Die Aufstellung, die jedes Jahr neu erscheinen soll, geht weiter als die der OECD, da Paris offenbar kritisiert, dass die Organisation in einigen Fällen nachgiebig ist.

Das Haushaltsgesetz sieht auch härtere Sanktionen gegen französische Unternehmen vor, die in Steuerparadiesen siedeln. So sollen sie für ihre „passiven Einkommen“ (Dividenden, Zinsen und Abgaben) künftig 50 Prozent Steuern zahlen, statt bisher 15 bis 35 Prozent. Dage-

gen sieht der Entwurf nicht wie ursprünglich geplant Sanktionen für Privatpersonen vor, die in einem Steuerparadies eine Stiftung gegründet haben. Diese Maßnahmen seien noch nicht ausgearbeitet.

Haushaltsminister Eric Woerth kündigte gerade die Einrichtung einer Datei namens „Evafisc“ an, die alle Haushalte auflisten soll, die Konten im Ausland haben. Der Staatsrat soll zudem ein Dekret abzeichnen, das Banken, die in Frankreich präsent sind, verpflichtet, entsprechende Daten an die Steuerbehörden weiterzugeben. Die Regierung hat Bürgern, die Vermögen in Steuerparadiesen angelegt haben, ein gewisses Nachsehen versprochen, wenn sie sich bis Ende des Jahres selbst anzeigen. Woerth hatte gedroht, eine Liste mit 3000 Namen von französischen Steuerflüchtlingen in der Schweiz zu besitzten. Bis jetzt haben sich jedoch nur rund 1000 Personen gemeldet.



Drogenhandel im Norden der französischen Hauptstadt Paris  
FOTO: PA/DPA